

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Fest der Demokratie
Land lädt zur Geburtstagsfeier ein

**DEMO
KRATIE**

www.landtag.nrw.de

Grundsteuer

Foto: Schälte

Schwerpunkt: Grundsteuerreform

- S.11 [Sachverständige äußern sich in Anhörung](#)
- S.12 [Standpunkte](#)



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vielleicht haben Sie sich beim ersten Blick aufs Titelblatt unserer Parlamentszeitschrift gefreut. Ist das tatsächlich Landtag Intern? Das Heft sah doch früher anders aus.

Das stimmt.

Wir haben einiges geändert. Das Layout z. B. ist lockerer und luftiger geworden. Wir haben auch die Schrift vergrößert – und damit eine Anregung aus dem Kreise der Leserinnen und Leser aufgenommen. Die Texte sind nun leichter lesbar.

Landtag Intern erscheint seit 1970. Die Zeitschrift hat ihr Gesicht seitdem immer wieder verändert. Das ist bei Medien guter Brauch, sie reagieren damit auf aktuelle Lesegewohnheiten.

Inhaltlich ändert sich nichts. Landtag Intern berichtet auch in Zukunft objektiv und überparteilich, um Sie über wichtige Themen der Landespolitik zu informieren.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre im neuen Layout! Wenn Sie mögen, geben Sie uns gerne Ihr Feedback.

Ihr André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Plenum

- S. 3 [Perspektiven für den Wohnungsmarkt](#)
Mehr Geld für öffentliche Wohnraumförderung
- S. 4 [Finanzen sorgen für Streit](#)
Debatte um Etat und Informationspolitik
- S. 5 [Die Kommunen und das Geld](#)
Aktuelle Stunde zur Finanzsituation der Städte und Gemeinden
- S. 6 [Meldungen aus dem Plenum](#)
- S. 9 [Schutz vor Hochwasser](#)
Abgeordnete debattieren über Fördermittel
- S. 10 [Sondersitzung zur Haushaltslage](#)
Landesregierung kündigt Aufnahme neuer Schulden an

S. 14 [Gesetzgebung](#)

Forum

- S. 15 [Willkommen zum Nordrhein-Westfalen-Tag!](#)
Bürgerfest vom 16. bis 18. August in Köln

S. 16 [Aus den Fraktionen](#)

Forum

- S. 18 [Mediathek: Sehen, hören, entdecken](#)
Neues Angebot gibt strukturierten Überblick über Plenardebatten
- S. 19 [Europa: Eine Wahl, viele Erkenntnisse](#)
Parlamentsgespräch zwei Tage nach der Entscheidung
- S. 20 [Empfehlung des Hauses: Persönlicher Besuch im Parlament](#)
Was Gäste im Landtag erwartet

S. 22 [Porträt: Klaus Esser \(AfD\)](#)

S. 23 [Kurz notiert](#)

Perspektiven für den Wohnungsmarkt

3. Juli 2024 – Bezahlbares Wohnen bleibt ein Dauerthema im Plenum. Auf einem angespannten Wohnungsmarkt geht es immer wieder um die Rolle öffentlich geförderter Wohnungen und um das Angebot von Wohnraum grundsätzlich. Die Landesregierung will die öffentliche Wohnraumförderung noch in diesem Jahr um 1 Milliarde Euro aufstocken – auf dann 2,7 Milliarden Euro. Anlass für eine Aktuelle Stunde.

Aus dem Fördertopf für sozialen Wohnungsbau seien bisher rund 170 Millionen Euro durch die Kommunen bewilligt worden – jedoch seien Anträge in insgesamt vielfacher Höhe gestellt worden, heißt es im zugrunde liegenden Antrag von CDU und Grünen (18/9788). Auch habe das NRW-Baugewerbe im ersten Quartal 2024 mehr Aufträge verzeichnet, während die bundesweite Baunachfrage sinke.

Fabian Schrupf (CDU) sagte, die öffentliche Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen sei und bleibe eine Erfolgsgeschichte. Und mit der Aufstockung der Förderung um 1 Milliarde Euro in diesem Jahr werde diese um ein weiteres Kapitel fortgeschrieben. Er sprach von einem „sicheren Hafen“ inmitten globaler Krisen. Die Landesregierung ermögliche den Menschen sowie der Bau- und Wohnungswirtschaft mit durchdachten Strategien Planungssicherheit und Stabilität – anders als die Bundesregierung, die Chaos in der Wohnungsbaupolitik verbreite.

Arndt Klocke (Grüne) nannte die Aufstockung einen „gewaltigen Schritt in Zeiten

knapper Kassen“. Auf dem Wohnungsmarkt gebe es massive Verunsicherungen, auch wegen einer Lücke in den Förderaktivitäten des Bundes. Hier gebe die Landesregierung Planungssicherheit. Dies sei eine große Rückenstärkung insbesondere für bezahlbaren Wohnraum und kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Dabei gehe es auch darum, den Druck in der Gesellschaft aufzunehmen und die Demokratie zu stärken. Denn die Frage nach bezahlbarem Wohnraum und fairen Mieten sei zentral in der politischen Auseinandersetzung.

„Flickschusterei“

„Es ist ein guter Tag für die Wohnraumförderung“, bestätigte **Sarah Philipp** (SPD). Die Entscheidung über das Plus an Fördermitteln begrüße ihre Fraktion ausdrücklich – schließlich habe sie dies seit langem gefordert. Jedoch hätte man bereits Anfang des Jahres absehen können, dass die zunächst geplanten Mittel nicht genügen würden, meinte sie. Die Landesregierung reagiere immer erst, „wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist“. Das sei „Flickschusterei statt Planungssicherheit“. Zudem sei der Anteil der Fördermittel aus dem Landeshaushalt „wirklich mickrig“.

„Es ist doch nicht Geld aus dem Landeshaushalt“, sagte auch **Angela Freimuth** (FDP) – sondern von der NRW.Bank. Die landeseigene Förderbank müsse als „Sparschwein“ für den Landeshaushalt erhalten. Trotzdem wolle sie, Freimuth, gerne die Erhöhung des Fördervolumens anerkennen. Positive Meldungen der Landesregierung über ein Plus in der Bauproduktion relativierte sie: Die Produktion bleibe auf niedrigem Niveau. Die Steigerung ergebe sich nur aus dem Vergleich mit den Pandemie Jahren. „Wir sollten als Land einen höheren Anspruch an uns selbst haben“, meinte Freimuth.

Bauen und Mieten müssten wieder erschwinglich werden, sagte **Christian Loose**



Angela Freimuth (FDP)



Christian Loose (AfD)



Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU)

Fotos: Schälte

(AfD). Dies funktioniere aber nicht über Subventionen, wie es CDU und Grüne verlangten: „Es geht nur, wenn man den Markt in die Freiheit entlässt.“ Bauvorschriften müssten „auf das Mindestmaß herunterreduziert“ werden. Statt Land für Windkraftanlagen sollten die Gemeinden lieber Land zum freien Bauen zur Verfügung stellen. Die Nachfrage nach Wohnraum könne reduziert werden, „indem man die etwa 300.000 ausreisepflichtigen Asylbewerber endlich konsequent abschiebt“, sagte Loose.

Bauministerin **Ina Scharrenbach** (CDU) sprach von einem „guten Tag für Nordrhein-Westfalen“. Die öffentliche Wohnraumförderung diene Alleinerziehenden und Familien, Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden und Auszubildenden. „Ein Kriterium gilt immer: Wir bauen für Menschen, die wenig Einkommen haben“, sagte Scharrenbach. Denn Wohnen sei soziale Daseinsvorsorge. CDU und Grüne würden dieser Verantwortung „mehr als gerecht“. Die Landesregierung habe ein mehrjähriges Förderprogramm auf den Weg gebracht, um Verlässlichkeit zu schaffen.

wib, sow, zab



Fabian Schrupf (CDU)



Arndt Klocke (Grüne)



Sarah Philipp (SPD)

Finanzen sorgen für Streit

4. Juli 2024 – Einen Monat nach einer Sondersitzung zur aktuellen Haushaltslage hat sich der Landtag erneut mit den Landesfinanzen beschäftigt. Die Aktuelle Stunde war von der AfD-Fraktion aufgrund von Medienberichten über Sparmaßnahmen in Ministerien beantragt worden. Die Opposition warf der Landesregierung eine unzureichende Information des Parlaments vor.

Laut einem Bericht habe das Finanzministerium beispielsweise einen Nachbesetzungsstopp für alle Ministerien erlassen, heißt es im Antrag der Fraktion ([18/9789](#)). Darüber hinaus sollten die Büroflächen reduziert und Baukosten eingespart werden. „Die aktuelle Haushaltslage scheint dramatisch zu sein. Diese muss daher vom Haushaltsgesetzgeber, dem Landtag, diskutiert werden.“

„Die Haushaltslage in diesem Land ist schlecht“, sagte **Dr. Hartmut Beucker** (AfD) und warf dem Finanzminister eine „Salami-Taktik“ vor: Er informiere das Parlament stets nur über das, was sich nicht mehr abstreiten lasse. Von tatsächlichen Planungen erfahre es wiederholt erst aus der Presse. Somit komme die Landesregierung ihrer „Kommunikationspflicht“ gegenüber dem Parlament nicht nach. Er erwarte Ehrlichkeit, sagte Beucker, „gerade wenn wir den Gürtel enger schnallen sollen“. Es werde nicht die letzte Sparrunde bleiben, vermutete er.

Olaf Lehne (CDU) entgegnete, die Gründe für die Sparmaßnahmen seien transparent im Plenum diskutiert worden, etwa die Steuermindereinnahmen. Auch Maßnahmen der Bundesregierung mit Auswirkung auf den Landeshaushalt, Tarifabschlüsse und die Zinswende seien bekannt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen investiere die Landesregierung in Bildung und Sicherheit, in die Klimawende und den sozialen Wohnungsbau. Kosten-

lose Kitajahre finanziere sie nun ohne Beteiligung des Bundes. Die Politik der Landesregierung sei sparsam, aber zielgenau.

Er habe Dr. Marcus Optendrenk bislang für einen „ehrenwerten Kaufmann“ gehalten, sagte **Alexander Baer** (SPD). Allerdings habe er erkennen müssen, dass der Finanzminister es offensichtlich „nicht so ganz ernst mit der Wahrheit nimmt“ und „nicht immer korrekt handelt“. Anfang Mai sei das Parlament mit einem Haushaltsloch konfrontiert worden, das zuvor nur der Presse bekannt gewesen sei. Erst eine Aktuelle Stunde habe das „wahre Ausmaß der Misere“ offenbart. Es sei „unfassbar, dass bei zwei Prozent Umsatzeinbruch der gesamte Haushalt zusammenbricht“, sagte Baer.

„Falsche Behauptungen“

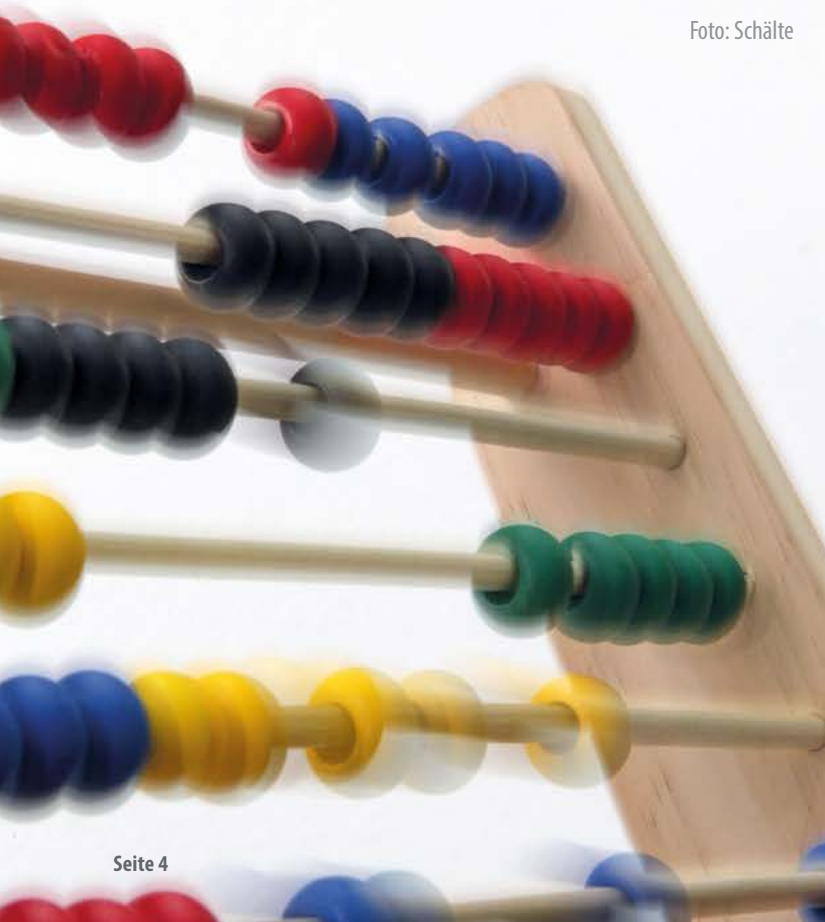
„Das Finanzministerium hat umfänglich über den geplanten Nachtragshaushalt 2024 und den Haushaltsplanentwurf 2025 informiert“, entgegnete **Simon Rock** (Grüne). Zudem enthalte der AfD-Antrag zur Aktuellen Stunde falsche Behauptungen. Dort sei von einem „angekündigten Bruch der Schuldenbremse“ die Rede. Tatsächlich sei die Konjunkturkomponente ausdrücklich in der Schuldenbremse vorgesehen. Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2024 und die Haushaltsaufstellung 2025 seien „äußerst schwierig“, sagte Rock. Trotz erforderlicher Einsparungen halte man das Land handlungsfähig.

Ralf Witzel (FDP) betonte, dass das Budgetrecht die „Königsdisziplin“ eines Parlaments sei. Diese stoße aber unter der schwarz-grünen Landesregierung an „harte Grenzen“. Immer wieder erführen die Abgeordneten aus den Medien über Sparmaßnahmen und nicht auf Nachfragen der Opposition in den parlamentarischen Gremien. Witzel kritisierte, dies sei „kein akzeptabler Umgang“ mit dem Parlament und dessen Informationsrechten. Wenn der Finanzminister von seiner Politik überzeugt sei, gebe es auch keinen Grund, Maßnahmen zu verschweigen.

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) warf der Opposition vor, einen „Popanz“ aufzubauen. Der Landtag verfüge über das Budgetrecht. Zugleich gebe es das Initiativrecht der Landesregierung, dem Parlament Vorschläge für einen Haushalt zu machen. Die regierungsinternen Beratungen über solche Vorschläge vor einer Entscheidung im Kabinett hätten aber keinen Anspruch auf öffentliche Behandlung. Der Minister kündigte an, dass die Landesregierung dem Landtag den Nachtrags-etat für 2024 parallel zum Stammhaushalt 2025 zuleiten werde mit der Bitte, im September mit den Beratungen zu beginnen.

sow, zab, wib

Foto: Schälte



Mehr zur Sondersitzung vom 3. Juni 2024 lesen Sie auf [S. 10](#).

Die Kommunen und das Geld

13. Juni 2024 – Vielen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen fehlt das Geld für Investitionen in ihre Infrastruktur. Die SPD-Fraktion spricht von einem „Rekordinvestitionsstau“ und hat eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt.

Die Fraktion bezieht sich in ihrem Antrag ([18/9552](#)) auf Medienberichte, wonach sich der Investitionsstau laut Städte- und Gemeindebund auf 50 Milliarden Euro summiere. Damit habe er „unter der CDU-geführten Landesregierung einen neuen Rekord“ erreicht. Bisher hätten die unterlassenen Investitionen rund 40 Milliarden Euro betragen.

SPD-Fraktionschef [Jochen Ott](#) bezeichnete den Investitionsstau als „riesigen Schuldenberg, den wir unseren Kindern hinterlassen“. Umfragen hätten ergeben, dass Kinder und Jugendliche im Land ein „schlechtes Zukunftsgefühl“ hätten. Er könne das verstehen, sagte Ott. Der kommunale Investitionsstau sei ein „massiver Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit“ und die „wirtschaftliche Vernunft“. Es müsse ein „ureigenes Interesse“ der Landesregierung sein, die Kommunal финанzen zu stabilisieren. Stattdessen fahre Schwarz-Grün sie an die Wand. Es gehe jetzt darum, eine gemeinsame Lösung für die Altschulden der Kommunen voranzutreiben.

Altschuldenlösung

Der Antrag zur Aktuellen Stunde sei „dünn bis unterkomplex“, sagte [Fabian Schruppf](#) (CDU). Der Investitionsstau sei nicht über Nacht entstanden, sondern „insbesondere auf die chronische Unterfinanzierung unserer Kommunen“ durch sozialdemokratisch geführte Regierungen in der Vergangenheit zurückzuführen. Eine „richtige Trendwende“ habe es erst 2017 gegeben. Die schwarz-grüne Landesregierung habe nun ein Eckpunkte-Programm vorgestellt, um Kommunen von ihren Altschulden zu entlasten. Von 2025 an sollten über 30 Jahre hinweg jährlich 250 Millionen Euro dafür bereitgestellt werden. „NRW geht damit einen historischen Schritt“, so Schruppf.

[Dirk Wedel](#) (FDP) sagte, betroffen von dem Investitionsstau seien u. a. Schulen, Straßen, Brand- und Katastrophenschutz, Kitas und Sportstätten. Laut einer Studie gebe es Investitionshemmnisse in den Kommunen. Nur rund zwei Drittel der geplanten Investitionen könnten im veranschlagten Zeitraum umgesetzt werden.

Genannt würden u. a. fehlende Finanzmittel, unpassende Fördermittelanträge, komplexe und zeitaufwendige Verfahren und Vorgaben sowie Personalmangel in den Bauverwaltungen. CDU und Grüne sollten daher zur Ankurbelung von Investitionen verstärkt Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung ergreifen.

[Dr. Robin Korte](#) (Grüne) wies die Kritik der Opposition zurück. Die Landesregierung lege einen Fokus auf die Sanierung der Kommunal финанzen. So solle es ab 2025 erstmals eine Altschuldenlösung geben. Das Land werde dafür in den kommenden Jahren insgesamt 7,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Damit schreibe die Koalition von CDU und Grünen Geschichte. Der Vorschlag sei in der kommunalen Familie sehr positiv aufgenommen worden. Dies zeige, dass die Koalition auf dem richtigen Weg sei. Nun komme es auf den Bund an, sein Versprechen einzulösen und sich finanziell an dieser Lösung zu beteiligen.

Der „beklagenswerte Zustand“ der kommunalen Finanzen und Infrastruktur sei „zu ganz wesentlichen Teilen das Ergebnis jahrzehntelanger sozialdemokratischer Misswirtschaft“, kritisierte [Sven W. Tritschler](#) (AfD). Der Investitionsstau von 50 Milliarden Euro sei über Jahrzehnte angewachsen. Landauf, landab werde Geld „mit beiden Händen aus dem Fenster geschmissen, das man nicht hat“. Hinzu komme die aktuelle „Flaute“ der Wirtschaft. „Wir sind Schlusslicht in Europa.“ Nordrhein-Westfalen brauche „verantwortungsvolle Politiker“, die sich weniger um das Wetter in 50 Jahren und mehr um die Finanzen in 10 Jahren kümmern.

Staatliche Stellen könnten nur verteilen, was vorher erwirtschaftet worden sei, erwiderte Kommunalministerin [Ina Scharrenbach](#) (CDU). Die Möglichkeiten der Landesregierung seien daher aktuell teilweise eingeschränkt. In den vergangenen Jahren hätten Kommunen allerdings massiv investiert. „Das konnten sie, weil 2017 das erste Jahr war, wo die Kommunalhaushalte in Summe wieder schwarze Zahlen geschrieben haben.“ Die „Investitionsoffensive“ sowie die Altschuldenlösung der Landesregierung seien ein „echter Booster für die Kommunen in den nächsten Jahren“. Investitionsrückstände würden konsequent abgearbeitet. *zab, wib, tob*



Jochen Ott (SPD)

Fabian Schruppf (CDU)

Dirk Wedel (FDP)

Dr. Robin Korte (Grüne)

Sven W. Tritschler (AfD)

Kommunalministerin
Ina Scharrenbach (CDU)

AUS DEM PLENUM

Kulturelle Bildung

12.6.2024 – Der Landtag hat die Bedeutung von kultureller Bildung betont und einstimmig beschlossen, diese zu stärken. Sie sei nicht nur die Grundlage für die kulturelle Teilhabe aller Menschen, sondern schule zudem Urteilskraft, Reflexionsvermögen und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/9455](#)). Kulturelle Bildung sei daher für eine friedliche und freiheitliche Demokratie ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein. Idealerweise werde die Neugier auf Kunst und Kultur bereits im Kindes- und Jugendalter geweckt und erreiche im Rahmen des lebenslangen Lernens alle Altersgruppen. Die Landesregierung solle dahingehend bestehende Programme überprüfen und regelmäßig evaluieren. Es gelte u. a., kulturelle Bildung fest im Schulalltag zu verankern, Kitas zu unterstützen und Vielfalt zu fördern.

Park and Ride



12.6.2024 – Die SPD-Fraktion setzt sich für eine Modernisierung von Park-and-Ride-Anlagen ein. Diese müssten nach einheitlich definierten Mindeststandards für Sicherheit, Ausstattung und Barrierefreiheit ausgebaut werden, heißt es im Antrag ([18/9460](#)). Die Fraktion argumentiert, dass die Anlagen „eine entscheidende Rolle“ für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und die Reduzierung des Individualverkehrs spielen, da sie als wichtige Schnittstellen dienen. Allerdings sei bei Tests jeweils „ein gutes Viertel“ durchgefallen. „Dabei spielten Fragen zu Informationen zu den Anlagen inklusive Echtzeiterfassung der Belegung, aber auch Nutzerkomfort, Ausstattung, Barrierefreiheit und Sicherheit eine zentrale Rolle.“ Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Luft- und Raumfahrt

12.6.2024 – Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, eine „zukunftsweisende Luft- und Raumfahrtstrategie“ zu entwickeln. Die Digitalisierung sowie das Ziel, den weltweiten

Luftverkehr bis zum Jahr 2050 vollständig CO₂-neutral durchzuführen, ermöglichen „neue Lieferketten, Geschäftsmodelle, Marktchancen und Produkte“, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([18/9468](#)), über den der Landtag beraten hat. Der „Luftfahrtstandort Nordrhein-Westfalen“ könne zum „Innovations- und Wachstumstreiber“ für die Wirtschaft werden. Dazu müsse jedoch mehr für das Standortmarketing getan werden. Ein landesweiter Innovationswettbewerb solle ins Leben gerufen werden. Die Forschungsförderung des Bundes sei durch das Land zu ergänzen. Zudem sollten vergünstigte Darlehen der landeseigenen NRW-Bank geprüft und der Bürgerschaftsrahmen bei der Bürgerschaftsbank NRW erhöht werden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) überwiesen.

Migrationspolitik

12.6.2024 – Die AfD-Fraktion fordert Änderungen in der Migrationspolitik. In ihrem Antrag ([18/9459](#)) bezieht sie sich auf den Angriff eines mutmaßlichen Islamisten auf einen Islamkritiker während einer Kundgebung Ende Mai 2024 in Mannheim. Ein herbeigeeilter Polizist wurde vom Tatverdächtigen durch Messerstiche getötet. Der Anschlag stelle eine „Zäsur“ dar, schreibt die Fraktion: „Ein Kurswechsel in der Migrationspolitik und im Umgang mit dem fundamentalistischen Islam ist unausweichlich.“ Die Landesregierung solle sich u. a. bei der nächsten Innenministerkonferenz sowie beim nächsten Bund-Länder-Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten für eine „deutliche Verschärfung zur Bestimmung des Ausweisungsinteresses sowie zur Abschiebungsanordnung gemäß Aufenthaltsgesetz“ einsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wildtiere in NRW

12.6.2024 – CDU und Grüne wollen die Wildtierforschung stärken und haben dazu einen Antrag vorgelegt ([18/9454](#)). Im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen sei es mancherorts eine He-



erausforderung, die Interessen von Naturschutz und Tourismus, Land- und Forstwirtschaft sowie Wohnen und Verkehr auszuloten – zum Beispiel, wenn Wildschweine Gärten zerstören. Die Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung als wildbiologisches Kompetenzzentrum des Landes leiste wertvolle Arbeit. Dort bündelten sich wildbiologische Kompetenz, Monitoring von Wildkrankheiten, Aufklärung im Sinne eines artgerechten und zeitgemäßen Umgangs mit Wildtieren wie auch Hilfe zur Konfliktlösung. Die Forschungsstelle solle daher aus vorhandenen Mitteln konzeptionell weiterentwickelt und ausgebaut werden. Das UN-Nachhaltigkeitsziel „Leben an Land“ solle dabei berücksichtigt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen, SPD und FDP enthielten sich.

Kinderschutzkommission

13.6.2024 – Die Kinderschutzkommission des Landtags hat den Abgeordneten ihren Jahresbericht für den Zeitraum 2022 bis 2024 vorgestellt (Vorlage [18/2553](#)). Das Gremium ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend und war im September 2022 auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP eingerichtet worden. Die Vorsitzende Nina Andriessen (SPD) berichtete im Plenum, dass sich die Kommission auch im Austausch mit Sachverständigen u. a. mit der sogenannten Peer-to-Peer-Gewalt, also sexuellen Übergriffen und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen, Cybergewalt und Cybermobbing, Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Sport sowie Gewalt im kirchlichen Raum beschäftigt habe. Das Gremium habe zudem ein Gutachten zum „Kinderschutz im kommerziellen Raum“ in Auftrag gegeben, das für Oktober 2025 erwartet werde.

Feuerwehr: Ruhestand mit 61

3.7.2024 – Alle Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes können künftig mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen. Der Landtag hat eine entsprechende Änderung des Landesbeamtengesetzes ([18/8026](#) Neudruck, [18/9758](#), [18/9799](#)) mit

den Stimmen von CDU und Grünen verabschiedet. In ihrem ursprünglichen Gesetzentwurf hatte die Landesregierung die künftigen Altersgrenzen im feuerwehrtechnischen Dienst je nach Laufbahngruppe bei 61 bzw. 62 Jahren vorgesehen. Hintergrund seien Fachkräftemangel und demografischer Wandel. Gegen die Pläne hatte sich Protest geregt. Angeführt wurden vor allem die Belastungen der Feuerwehrleute. Bislang galt eine Altersgrenze von 60 Jahren. Die Fraktionen von SPD und FDP hatten in Entschließungsanträgen ([18/9811](#), [18/9815](#)) gefordert, diese Grenze beizubehalten. Die Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt.

Krankenhäuser und Finanzen

3.7.2024 – Die Landesregierung müsse den Krankenhäusern mehr Geld für Investitionen zur Verfügung stellen. Das fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/9732](#)). Den „Investitionsstau“ beziffert sie auf derzeit rund 17 Milliarden Euro. „Qualität und medizinische Spitzentechnologie für die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ihren Preis“, so die Fraktion. Wissentlich zu wenig Geld für die Umsetzung des Krankenhausplans NRW bereitzustellen, werde „nicht zu mehr Qualität führen, sondern lediglich zu Flickschusterei und Enttäuschung“. Vom Haushaltsjahr 2025 an seien jährlich weitere 2 Milliarden Euro erforderlich. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Afghanische Ortskräfte

4.7.2024 – Die AfD-Fraktion fordert eine sofortige Aussetzung des Aufnahmeprogramms für afghanische Ortskräfte. Es handelt sich dabei um Personen, die für die Bundeswehr, deutsche Behörden oder Firmen gearbeitet haben, beispielsweise als Dolmetscherin oder Dolmetscher. Die Fraktion bezieht sich in ihrem Antrag ([18/9711](#)) auf einen Pressebericht, wonach „wohl auch Personen nach Deutschland geholt“ worden seien, die zuvor vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) als Sicherheitsrisiko eingestuft worden seien. Die AfD-Fraktion spricht sich auch dafür aus, bei allen in NRW lebenden ehemaligen Ortskräften



AUS DEM PLENUM

eine erneute Sicherheitsüberprüfung vorzunehmen „und hierbei einen Abgleich mit den vorhandenen Erkenntnissen des MAD vorzunehmen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Anlaufstelle in Sachen Polizei



Foto: Schälte

4.7.2024 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen die Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten einrichten. Ein entsprechender Gesetzentwurf ([18/9606](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen. Vorgesehen sei ein bewusst niedrigschwelliges Angebot für Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte der Polizei, „um Anliegen mit oder innerhalb der Polizei zu bearbeiten und auf etwaige Fehler, Fehlverhalten und Fehlentwicklungen zu reagieren“, heißt es im Gesetzentwurf. Die Stelle soll beim Landtag angesiedelt werden.

Gemeineschwestern

4.7.2024 – Im Kampf gegen Einsamkeit im Alter setzt die SPD-Fraktion auf das Modell der Gemeineschwestern. Die Fraktion verweist in ihrem Antrag ([18/8129](#)) auf ein Vorbild aus Rheinland-Pfalz. Das Projekt richte sich an hochbetagte Menschen über 80 Jahren, die noch in den eigenen vier Wänden lebten und keine Pflege benötigten. Sie erhielten durch die Gemeineschwestern Beratung und Unterstützung im eigenen Heim, auch um Pflegebedürftigkeit hinauszögern zu können. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, das sogenannte GemeineschwesterPlus-Modell „im Rahmen einer übergeordneten Demografie- sowie Präventionsstrategie“ zunächst in Modellkommunen und in Zusammenarbeit mit den landesweiten Pflegestützpunkten in allen Regierungsbezirken zu erproben. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgewiesen.

Rheinisches Revier

4.7.2024 – Das Rheinische Revier könnte nach Ansicht der Fraktionen von CDU und Grünen zu „einer der zentralen Zu-

kunftsregionen für Digital- und Quantentechnologie“ werden. Dies verdeutliche die angekündigte milliarden schwere Investition von Microsoft in der Region. „Die Voraussetzungen für die Etablierung sind ideal: Die Kreuzung wichtiger überregionaler Datentrassen, die hohe Stromversorgungssicherheit, eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sowie die Notwendigkeit, die Region durch den Braunkohleausstieg neu zu definieren, schaffen die perfekte Grundlage für diesen Wandel“, schreiben die Fraktionen in einem Antrag ([18/9715](#)). Eine ihrer Forderungen: Wegen des zunehmenden Einsatzes Künstlicher Intelligenz (KI) solle die Landesregierung Rahmenbedingungen für den Aufbau eines KI-Hochleistungs-Rechenzentrums schaffen, um die internationale Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu sichern. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. FDP und AfD enthielten sich.

Aktuelle Stunde nach Gewalttat

4.7.2024 – Nach dem gewaltsamen Tod eines 20-Jährigen in Bad Oeynhausen hat der Landtag über die Sicherheitslage im Land debattiert. Die FDP-Fraktion hatte die Aussprache beantragt. Der junge Mann und ein Begleiter waren in der Nacht zum 23. Juni 2024 von einer Gruppe im Kurpark überfallen worden. Dabei erlitt das Opfer schwerste Kopfverletzungen und starb später im Krankenhaus. Beim mutmaßlichen Haupttäter soll es sich um einen 18 Jahre alten Syrer handeln, der seit 2016 in Deutschland lebt. „Die Tat hat nicht nur Bad Oeynhausen, sondern ganz Nordrhein-Westfalen tief erschüttert“, heißt es im Antrag zur Aktuelle Stunde ([18/9790](#)). Sie werfe „dringende Fragen zur Sicherheit und Integration“ auf.

Marc Lürbke (FDP) forderte u. a. „Kurskorrekturen in der Migrationspolitik“. Der mutmaßliche Täter sei polizeibekannt gewesen. Die Justiz müsse personell so aufgestellt werden, dass sie „sofort Zähne zeigen kann“. **Gregor Golland** (CDU) bezeichnete die „unkontrollierte und ungebremste Zuwanderung vor allem junger Männer“ als ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko. Eine „Null-Toleranz-Linie“ sei die richtige Antwort auf Gewalt und Kriminalität. **Jochen Ott**, SPD-Fraktionsvorsitzender, betonte: Herkunft, Migration oder Religion seien keine Erklärung für ein Verbrechen. Aber: „Wer unsere Sicherheit bedroht, muss wieder gehen.“ NRW brauche mehr Polizei und eine bessere Ausstattung der Justiz. **Verena Schäffer**, Fraktionschefin der Grünen, erklärte, eine schwere Straftat, die in Deutschland begangen werde, solle auch hierzulande gesühnt werden. Sicherheit sei komplex. Die Forderung nach immer härteren Strafen löse das Problem nicht. **Markus Wagner** (AfD) sagte, der Hauptverdächtige sei polizeibekannt gewesen und hätte gar nicht im Land sein dürfen, mindestens im Gefängnis sein müssen. Er sprach auch von dem „nächsten Opfer“ der „nahezu immer gleichen Fallkonstellation“. Wagner: „Wir wollen ein Land, das funktioniert.“ Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) kritisierte, dass Rechte versuchten, aus der Tat politisches Kapital zu schlagen. Dies sei „inakzeptabel und unerträglich“. Er betonte zugleich, dass die Tat nach einer „harten und gerechten“ Strafe verlange.

Schutz vor Hochwasser

12. Juni 2024 – Wie steht es um den Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Die FDP-Fraktion hatte sie beantragt. Hintergrund waren Medienberichte, wonach das Land weniger Bundesmittel für Schutzmaßnahmen abgerufen habe, als ihm zustünden.



Montage: de Haar

Den Berichten zufolge hätten 43,8 Millionen Euro nach Nordrhein-Westfalen fließen können. Abgerufen worden seien allerdings nur rund 11,5 Millionen Euro, heißt es in dem Antrag der FDP-Fraktion ([18/9551](#)). Die Fraktion mahnt: „Die aktuellen Bilder von gebrochenen Dämmen, überfluteten Straßen und evakuierten Siedlungen in den Hochwassergebieten in Süddeutschland, im Saarland und in Rheinland-Pfalz sind eine deutliche Warnung, dem Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen höchste Priorität einzuräumen.“

Dr. Werner Pfeil (FDP) bezeichnete die „unzureichende Mittelabrufung“ und die „mangelnden Investitionen“ als „politische Bankrotterklärung“. Es sei an der Zeit, den Zehn-Punkte-Plan zum Hochwasserschutz aus dem Jahr 2022 umzusetzen. Pfeil forderte einen Masterplan mit konkreten Umsetzungszielen. Es werde nichts bringen, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen oder auf eine Zuständigkeit der Kommunen zu verweisen. Katastrophenschutz sei Ländersache. Die „Zögerlichkeit und bürokratische Trägheit“ der Landesregierung gefährde Menschenleben, sagte der Abgeordnete.

„Generationenaufgabe“

Bianca Winkelmann (CDU) warf der antragstellenden Fraktion vor, Ängste und Verunsicherung zu schüren. Für die Landesregierung habe Hochwasserschutz Priorität. Zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Plans seien 104 neue Stellen in der Wasserwirtschaftsverwaltung geschaffen worden. Bei rund 6.000 Kilometern hochwassergefährdeten Flussläufen und 560 Kilometern Deichen bleibe die Deichsanierung eine Generationenaufgabe. Sie habe Priorität, denn Deiche schützten Menschen unmittelbar. Um Fördergelder abzurufen, seien oft aufwendige Planungsverfahren nötig, sagte Winkelmann.

Minister Oliver Krischer (Grüne) müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, „nicht genug für die Sicherheit vieler Menschen zu tun“, sagte **Alexander Vogt** (SPD). Krischer lasse „Millionen Euro“ für den Hochwasserschutz liegen. Dass der Minister den Ab-

ruf von Mitteln für den Straßenbau nicht organisiert bekomme, sei ärgerlich. „Dass Sie aber beim Hochwasserschutz nicht alles schaffen, gefährdet letztendlich Menschenleben“, sagte Vogt. Von 44 Millionen Euro habe das Land nur 11,5 Millionen abgerufen. Dies müsse nachdenklich stimmen. Nach fast zwei Jahren stehe der Minister mit einer „absoluten Null-Bilanz“ da.

In Nordrhein-Westfalen habe der Hochwasserschutz Priorität, hielt Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** dagegen. Die Hochwasser-Katastrophe von 2021 sei allen in schmerzlicher Erinnerung. Mit keiner Silbe habe die FDP in ihrem Antrag den von Menschen gemachten Klimawandel als Ursache erwähnt. Tatsächlich habe die FDP den Klimaschutz im Land „über Jahre verhindert“. Die Koalition dagegen habe den Kohleausstieg 2030 vereinbart und entfessele die Windenergie. „Wir treiben den Klimaschutz voran“, so Schäffer. Wichtig seien Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Dabei sei der Hochwasserschutz ein wichtiger Baustein.

Andreas Keith (AfD) warf der Landesregierung einen Stillstand beim Hochwasserschutz vor. So lasse die Sanierung der Deiche auf sich warten. Und nun lasse die Landesregierung auch noch Fördermittel liegen. Aufgrund mangelnder Priorisierungen sei nur ein Viertel der möglichen Bundesgelder abgerufen worden. Warum habe das Umweltministerium es verschlafen, Anträge zu stellen?, fragte Keith. Hätten die jüngsten Unwetter nicht den Süden Deutschlands getroffen, sondern Nordrhein-Westfalen, dann hätte das Land nicht besser dagestanden als bei der Katastrophe von 2021.

Umweltminister **Oliver Krischer** (Grüne) wies die Kritik der Opposition zurück. Nach der Katastrophe von 2021 habe es Weihnachten 2023 wieder ein Hochwasserereignis gegeben, das gemanagt worden sei. Dies habe gezeigt, dass das Land gelernt habe und über Strukturen verfüge, um mit solchen Ereignissen umzugehen. Krischer betonte, dass die Landesregierung beim Hochwasserschutz handle. So habe es 2023 „Rekordinvestitionen“ gegeben. Zugleich forderte er die FDP auf, ihre „Blockade“ im Bund gegen eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden aufzugeben.

sow, zab, wib

Sondersitzung zur Haushaltslage

3. Juni 2024 – Der Landtag hat in einer Sondersitzung über aktuelle haushaltspolitische Entwicklungen debattiert. In einer Unterrichtung kündigte Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) einen Nachtragsetat für das laufende Jahr und die Aufnahme neuer Schulden an.

Foto: Schälte

Hintergrund der Debatte ist die jüngste Steuerschätzung vom Mai. Nach Angaben des Finanzministers fehlen demnach im laufenden Jahr 1,2 Milliarden Euro an Steuereinnahmen, 2025 seien es 1,3 Milliarden Euro weniger.

Die SPD-Fraktion hatte die Sitzung beantragt. In ihrem Antrag (18/9434) kritisiert die Fraktion, die Landesregierung sei mit ihrem Vorhaben gescheitert, „die absehbare finanzielle Schiefelage durch Sparmaßnahmen zu korrigieren“. Zudem sei der Landtag „nicht in angemessener Weise“ über den geplanten Nachtragshaushalt informiert worden.

Finanzminister [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU) betonte, Deutschland sei die einzige Volkswirtschaft in der EU, die faktisch nicht wachse. Folge seien sinkende Steuereinnahmen. Hinzu kämen seit 2023 dauerhafte jährliche Mehrbelastungen für den Landeshaushalt von 4 Milliarden Euro durch Entscheidungen des Bundes. Diese Ausgaben würden bereits durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert. Im verbleibenden zweiten Halbjahr auch gegen die Steuerausfälle in Höhe von 1,2 Milliarden Euro vollständig anzusparsen, sei „unverantwortlich“. Daher werde die Landesregierung in einem Nachtragshaushalt erstmals die sogenannte Konjunkturkomponente der Schuldenbremse nutzen und Kredite aufnehmen.

„Auf Grund gelaufen“

Die Landesregierung habe versucht, die Öffentlichkeit zum Narren zu halten und ein „Milliardenloch zu vertuschen“, kritisierte [Jochen Ott](#), Fraktionsvorsitzender der SPD. Die schwarz-grüne Koalition plane „dumme Schulden“, die nichts bewirkten, und sei mit ihrer Politik „auf Grund gelaufen“. Die Landesregierung stopfe lediglich Haushaltslöcher, statt notwendige Reformen in Bildung, Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Kommunal финанzen und Infrastruktur anzustoßen. Schwarz-Grün habe keinen Ehrgeiz, keinen Plan und die Bodenhaftung verloren. „So darf das in NRW nicht weitergehen.“ Ohne Drama überstehe die Landesregierung kein Haushaltsjahr.

Der Finanzminister habe dargelegt, wie man in herausfordernden Zeiten soziale und wirtschaftliche Strukturen langfristig sichere, sagte CDU-Fraktionschef [Thorsten Schick](#). Das sei voraus-

schauende und verantwortungsvolle Politik – „mit großen Sparanstrengungen auf der einen, aber auch mit Zukunftsinvestitionen auf der anderen Seite“. SPD und FDP kritisierten den Einsatz der im Rahmen der Schuldenbremse verankerten „Konjunkturkomponente“, sagte Schick. Tatsächlich aber werde dies in den Bundesländern „landauf, landab“ so praktiziert. Spitzenreiter sei jedoch die Bundesregierung.

FDP-Fraktionschef [Henning Höne](#) warf CDU und Grünen ein Versagen in der Haushaltspolitik vor. Noch am 17. Mai habe der Finanzminister betont, man werde mit dem zur Verfügung stehenden Steuergeld auskommen. Nun kündige die Landesregierung einen Nachtragshaushalt an und wolle Schulden aufnehmen, obwohl sie bislang etwas anderes versprochen habe. Dabei habe Nordrhein-Westfalen kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Höne kritisierte auch, dass die Landesregierung immer nur mit dem Finger nach Berlin zeige. Dabei habe sie viele Möglichkeiten, Maßnahmen gegen die Wirtschaftsschwäche zu ergreifen.

Es sei ein ganz normaler Vorgang, dass die Haushaltsplanungen der Länder nach der Steuerschätzung des Bundes im Mai angepasst würden, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende [Wibke Brems](#). SPD und FDP skandalisierten diesen Vorgang. „Ich sehe eine sorgsam arbeitende Landesregierung, die zum frühesten Zeitpunkt über ihre Entscheidung informiert hat.“ Der Nachtragshaushalt werde in den kommenden Wochen ausgearbeitet und intensiv im Parlament diskutiert. Die Landesregierung Sorge für Planungssicherheit, erhalte die soziale Infrastruktur und stelle das Land zukunftssicher auf. Es gehe darum, weder blind Schulden zu machen noch blind zu sparen.

Dass die Landesregierung zunächst die Medien und erst dann den Landtag über einen geplanten Nachtragshaushalt informiert habe, sei „desaströs“ und „undemokratisch“, sagte [Dr. Hartmut Beucker](#) (AfD). Das Parlament sei missachtet worden. Als Grund für die Aufnahme neuer Schulden habe die Landesregierung eine „konjunkturelle Sonderlage“ genannt. Die Lage bestehe tatsächlich, sei aber „von der Regierung gemacht“. Der Finanzminister habe in der Presse von einer „Wirtschaftskrise“ gesprochen. Verantwortlich für die Wirtschaftspolitik im Bund und auch in Nordrhein-Westfalen seien die Grünen, sagte Beucker. *wib, tob, zab*

Erneute Debatte über die Grundsteuerreform

18. Juni 2024 – Vom kommenden Jahr an wird die Reform der Grundsteuer in den Kommunen umgesetzt. Sie kann dazu führen, dass Gewerbetreibende künftig weniger zahlen müssen und Wohneigentümerinnen und -eigentümer mehr. Die schwarz-grüne Koalition will den Städten und Gemeinden nun ermöglichen, drohende Schieflagen abzuwenden und die Reform zugleich aufkommensneutral umzusetzen. Zu dem Entwurf äußerten sich Sachverständige in einer gemeinsamen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses für Heimat und Kommunales.

Die Grundsteuer ist eine Einnahmequelle der Kommunen und wird von Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundbesitz bezahlt. Die Reform war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht die bisherige Regelung für verfassungswidrig erklärt hatte.

Nordrhein-Westfalen entschied sich unter der Vorgängerregierung dafür, das sogenannte Bundesmodell der neuen Grundsteuer einzuführen. Die Bundesländer hatten auch die Möglichkeit, eigene Modelle oder punktuell vom Bundesmodell abweichende landesgesetzliche Regelungen einzuführen.

Hebesätze

Der Gesetzentwurf von CDU und Grünen ([18/9242](#)) sieht nun vor, dass Kommunen künftig die Möglichkeit eingeräumt wird, optional unterschiedliche Hebesätze für Wohn- bzw. Gewerbegrundstücke festzulegen. Ziel sei, dass Kommunen punktgenau auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort reagieren könnten. Das Bundesmodell trage den „räumlich strukturellen Gegebenheiten in den Kommunen nicht hinreichend Rechnung“, so die Koalitionsfraktionen. Der Entwurf ([18/9242](#), [18/9818](#)) wurde am 4. Juli 2024 in dritter Lesung in namentlicher Abstimmung mit Mehrheit angenommen.

Die nordrhein-westfälischen Kommunen lehnten das Vorhaben der Koalition in der Anhörung ab. Die drei Spitzenverbände – Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund NRW – legten eine gemeinsame Stellungnahme vor, in der sie den Landtag aufforderten, dem Entwurf nicht zuzustimmen.

Die Lastenverschiebung zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken sei ein strukturelles Phänomen im Bundesmodell, „das einer einheitlichen, dauer-

haften und verlässlichen Antwort“ bedürfe. Eine systematische Mehrbelastung für Wohngrundstücke könne nur durch eine Anpassung der landeseinheitlichen

Grundsteuermesszahlen „dauerhaft und verlässlich vermieden werden“, so die drei Spitzenverbände in ihrer Stellungnahme.

Die Kommunen betonten auch, dass der Vorschlag der Koalition „rechtlich in hohem Maße prüfungsbedürftig“ sei. Dieses rechtliche Risiko solle nun vom Land auf die Kommunen verlagert werden.

Der Landesverband NRW der Deutschen Steuergewerkschaft unterstützte den Gesetzentwurf von CDU und Grünen indes. Es sei davon auszugehen, dass den Kommunen mit den differenzierenden Hebesätzen „ein geeignetes Instrument“ an die Hand gegeben werde, „um die im Gesetzgebungsverfahren betonte Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform trotz sehr unterschiedlicher regionaler Wertentwicklungen“ umzusetzen.

Kritik an dem Gesetzentwurf kam von den Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. In der Stellungnahme hieß es u. a.: „Viele Unternehmen fürchten, dass sich der neue Hebesatz für Gewerbeimmobilien zu einer neuen Sondersteuer für Gewerbe entwickelt und sich damit der Standortwettbewerb in NRW weiter zuspitzt.“

Der Verband „Haus & Grund Rheinland Westfalen“ hielt den Gesetzentwurf für „im Grundsatz richtig“. Mit Blick auf den Start der Reform betonte der Verband, es sei „Eile geboten, in Nordrhein-Westfalen rechtliche Grundlagen wie im vorliegenden Gesetzentwurf zu schaffen, um zumindest unterschiedliche Hebesätze für



Foto: Schälte

Wohngrundstücke und für Nichtwohngrundstücke zu ermöglichen und somit einen Beitrag für bezahlbares Wohnen zu leisten“. Grundsätzlich hält der Verband allerdings das Bundesmodell der Grundsteuer für „verfassungswidrig“.

Das Handwerk NRW mahnte, die geplante Einführung unterschiedlicher Hebesätze werde „dem ohnehin bedrängten Wirtschaftsstandort NRW“ schaden, weil den Kommunen dadurch mehr Freiraum bei der Ausschöpfung ihrer Steuerquellen gewährt werde. „Genau das Gegenteil wäre aber notwendig, um Arbeitsplätze im Land zu sichern.“

„Hilfe für Kommunen“

Die Möglichkeit von differenzierenden Hebesätzen sei „der richtige Weg“, um Belastungsverschiebungen ausgleichen zu können, betonte der Bund der Steuerzahler NRW. Er forderte die Landesregierung zugleich auf, die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen. Das Vorhaben müsse rechtssicher sein, und die Kommunen benötigten Hilfe bei der administrativen Umsetzung. Der Steuerzahlerbund sagte zugleich, die „durch uns präferierte Lösung der gesplitteten Hebesätze ist allerdings nur ein weiterer kurzfristiger Rettungsversuch einer im Grunde verkorkten Reform“.

Der Verband Wohneigentum begrüßte die Initiative, „die zu befürchtende Lastverschiebung im Rahmen der Grundsteuerreform“ zu verhindern. Allerdings stimmten den Verband die Haushaltssituation vieler Kommunen und deren Bedenken gegen den Gesetzentwurf skeptisch, ob ermäßigte Grundsteuer-Hebesätze „flächendeckend, unverzüglich und am Ende auch dauerhaft“ genutzt würden. Grundsätzlich präferiert der Verband demnach eine Anpassung der Steuermesszahlen.

wib

Alle Stellungnahmen für die Sachverständigenanhörung finden Sie [hier](#).



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Grundsteuer ...



Olaf Lehne
(CDU)



... ist neben der Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen unserer Städte und Gemeinden. In Nordrhein-Westfalen erhalten die Kommunen aktuell rund 4 Milliarden Euro jährlich und finanzieren damit die Daseinsvorsorge vor Ort. Gezahlt wird sie von fast jedem in unserem Land: von Eigentümern, von Mietern über die Nebenkosten oder auch von Gewerbetreibenden mit Geschäftsgrundstück.



Alexander Baer
(SPD)



... muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2018 reformiert werden und hat den Ländern die Möglichkeit geboten, eigene Vorstellungen umzusetzen und Tendenzen, wie eine Verteuerung des Wohnens, zu nivellieren.



Simon Rock
(Grüne)



... ist eine wichtige kommunale Steuer und sichert damit die Finanzierung von Schwimmbädern, Spielplätzen, Bibliotheken und vielem mehr.



Ralf Witzel
(FDP)



... belastet fast jeden Mieter und Eigentümer, Wohnungsnutzer, Betriebe und Vereine. Der NRW-Sonderweg der Wertberechnung mit willkürlichen Hebesätzen stößt zu Recht auf breite Ablehnung und überfordert die Bürger finanziell wie bürokratisch. Über 1,5 Mio. Einsprüche und 4 Mio. Hilfesuchende bei den Finanzämtern zeigen, wie groß Ärger und Aufregung sind. Wir halten die NRW-Grundsteuer für verfassungswidrig.



Dr. Hartmut Becker
(AfD)



... ist nicht zeitgemäß, erfordert zu großen Aufwand und gehört abgeschafft. Man hätte nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten für die Kommunen suchen müssen, wie z. B. ein Hebesatz auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer sowie ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer.

Grundsteuerreform

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Reform der Grundsteuer ...

... ist eine Aufgabe, die das Bundesverfassungsgericht der Politik im Jahr 2018 aufgetragen hat. Grund war, dass die Werte für die Grundsteuer über Jahrzehnte nicht aktualisiert wurden und es so zu Ungerechtigkeiten bei der Höhe der Steuer kam. Der damalige SPD-Bundesfinanzminister Scholz hat anschließend das Modell erarbeitet, was nun auch in Nordrhein-Westfalen ab dem 1. Januar 2025 gelten wird.

... ist dringend notwendig, wenn das Wohnen in NRW nicht teurer werden soll. Das Bundesmodell führt in NRW zu einer strukturellen Verteuerung des Wohnens, für das, unserer Meinung nach, auch eine strukturelle Lösung auf Landesebene durch Anpassung der Messzahlen gefunden werden muss.

... ist nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im April 2018 notwendig geworden. Das Gericht hatte damals das bestehende Bewertungssystem für die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Deswegen mussten die Berechnungsmodelle überarbeitet werden.

... erfolgt in NRW leider nach dem Scholz-Modell, das die Wohnkosten erheblich verteuert und dem daher die Akzeptanz fehlt. Die FDP hat eine einfache, transparente und gerechte Steuer vorgeschlagen, die planungssicher nach Flächen abrechnet und nicht nach umstrittenen wie bürokratischen Wertermittlungen. CDU, SPD und Grüne haben das abgelehnt, obwohl die meisten westlichen Flächenländer es besser machen.

... ist de facto gescheitert. Es gibt erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel an der rechtlichen Ausgestaltung. Die Landesregierung versucht, mit kurzfristigen Not-Maßnahmen die negativen Folgen in NRW abzuwenden. Es droht dabei ein administratives Chaos.

Belastungen für Wohneigentum ...

... sollen aus Sicht der CDU-Fraktion bei der Reform möglichst vermieden werden. Sie sind aber im Vergleich zu Gewerbegrundstücken in dem sogenannten „Scholz-Modell“ an vielen Stellen feststellbar. Allerdings nicht flächendeckend, sondern regional sehr unterschiedlich. Die Lage in Düsseldorf ist eine andere als in der Eifel und dort ist sie wiederum anders als im Ruhrgebiet.

... lehnen wir konsequent ab, auch wenn die Landesregierung sich nicht dazu äußern möchte. Durch das gewählte Bundesmodell kommt es ohne Reform aber zu genau diesen Belastungen von Wohneigentum, und mit einer Lösung dafür haben sich die Landesregierung und auch die Koalition zu lange Zeit gelassen, obwohl das Problem bereits seit fast einem Jahr von den kommunalen Spitzenverbänden angemahnt wird.

... wollen wir ebenso verhindern wie Mehrbelastungen für Mieterinnen und Mieter. Daher haben wir mit der CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der es den Kommunen optional ermöglicht, die Grundsteuerhebesätze für Wohnen und Gewerbe zu differenzieren und somit Lastenverschiebungen vor Ort passgenau entgegenwirken zu können. Damit können Ungerechtigkeiten auch bei Mietwohnungen vermindert werden.

... und Wohnungsmieter steigen durch die aktuelle Reform laut Finanzminister in 95 % aller Kommunen. Die FDP will gerade deshalb eine verbindliche landesweite Entlastung in der Berechnungsformel. CDU und Grüne lehnen diese leider ab. Die Kostenexplosion trifft die Mitte unserer Gesellschaft und ist automatische Folge des wertbasierten Scholz-Modells, da Wohnraum teurer ist als Fabrikgebäude oder Lagerhallen.

... sind in NRW zu hoch. Wir fordern eine Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent statt wie derzeit 6,5 Prozent. Dabei richtet sich die Steuer nicht nach der Leistungsfähigkeit und macht das Wohnen für die Leistungsfähigen wie die Leistungsschwachen gleichermaßen teurer.

Differenzierende Hebesätze ...

... sind für die CDU-Fraktion die richtige Antwort auf diese Verschiebungen. Wohnen soll nicht zusätzlich belastet werden. Diese Lösung ermöglicht den Kommunen, vor Ort passgenaue Lösungen zu finden und die Belastung von Wohnen und Gewerbe zu steuern. Sie sind eine zusätzliche Option für die Kommunen, denn diese entscheiden darüber, wie sie die Hebesätze vor Ort ausgestalten.

... halten wir für die falsche Lösung. Die Kommunen werden mit der Umsetzung dieser Hauruck-Aktion allein gelassen und werden aus personellen und technischen Gründen eine Umsetzung nicht mehr bis Jahresende realisieren können. Das rechtliche Risiko dieses Sonderwegs bleibt ebenfalls an den Kommunen hängen und zwingt sie, Wohnende und Gewerbetreibende gegeneinander auszuspielen.

... sind derzeit die einzige Möglichkeit, Mehrbelastungen für Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter zu verhindern. Dies hat auch die Anhörung von Sachverständigen zu unserem Gesetzentwurf im Landtag eindeutig ergeben.

... sind keine landesweite Lösung. Als freiwillige Option bewirken sie einen Flickenteppich. Etliche Städte haben schon angekündigt, davon keinen Gebrauch zu machen. Ein breites Verbändebündnis von Kommunen, Mietern, Wohneigentümern, Handwerk, Wirtschaft sowie Immobilienbranche läuft zu Recht Sturm gegen das schwarz-grüne Gesetz und unterstützt unseren Vorschlag eines landesweiten Entlastungsfaktors.

... sind maximal eine Notlösung, um Nutzer von Wohnimmobilien zu entlasten. Außerdem droht mit höheren Abgaben für Gewerbe- und Gemischtimmobilien ein weiterer Standortnachteil für NRW zu entstehen. Für die Bewohner von Gemischtimmobilien wird das Wohnen sogar noch teurer. Es ist völlig unklar, ob den Kommunen eine Umsetzung bis zum Ende des Jahres möglich ist. Dazu ergeben sich zusätzliche Rechtsrisiken für die Kommunen.



Foto: Schälte

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | [18/8026](#) Neudruck, [18/9758](#), [18/9799](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 3. Juli 2024 | verabschiedet

Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierender Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen | [18/9242](#), [18/9818](#) | CDU und Grüne | 3. Lesung am 4. Juli 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften | [18/7788](#), [18/9760](#) Neudruck, [18/9817](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 4. Juli 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Modernisierung des Sparkassenrechts und zur Änderung weiterer Gesetze | [18/9656](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 3. Juli 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Statistikgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/9768](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 3. Juli 2024 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften | [18/9769](#) | 1. Lesung am 3. Juli 2024 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/9606](#) | CDU und Grüne | 1. Lesung am 4. Juli 2024 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | [18/9723](#) | FDP | 1. Lesung am 4. Juli 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII | [18/9770](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Juli 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

Gesetz über die Offenlegung von Parteimitgliedschaften in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks Köln (Parteimitgliedschaften-Offenlegungsgesetz NRW) | [18/8112](#) | AfD | 2. Lesung am 12. Juni 2024 | abgelehnt

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [18/9514](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 12. Juni 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes | [18/9515](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. Juni 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Gesetz zur Einführung des integrierten Bachelors im Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss erste Prüfung sowie betreffend das duale Studium und zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes | [18/8827](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Schiedsamtgesetzes | [18/8826](#) Neudruck | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen | [18/9130](#) | CDU, Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer | [18/7202](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit | [18/6376](#) | AfD | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Willkommen zum Nordrhein-Westfalen-Tag!

Juli 2024 – Ein Geburtstag darf gefeiert werden. Ein Landesgeburtstag erst recht. Und so heißt es vom 16. bis 18. August in Köln: Happy Birthday, Nordrhein-Westfalen! Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen mitzufeiern.

Seit 2006 findet der NRW-Tag statt, immer in anderen Städten Nordrhein-Westfalens. Nach pandemiebedingter Pause ist es nun endlich wieder so weit. Diesmal locken Land und Landtag nach Köln an den Rheinauhafen – maritime Stimmung inklusive. Auf einer Strecke von rund 850 Metern wartet in der Domstadt ein breites Programm aus Unterhaltung und Information auf die Gäste – vom Zauberkünstler bis zur Blaulichtmeile, von Musik bis zum Plausch über Politik.

Kulinarische Köstlichkeiten, Ohrenschaus bei Konzerten, der richtige Dreh am Glücksrad: ein Fest für alle Sinne. Und auch für Kopf und Geist, denn an Informationen wird es nicht mangeln. Verständlich und kreativ informieren der Landtag, die Fraktionen, die Landesregierung und Ministerien über ihr Tun. Bürgerinnen und Bürger können mitmachen, eintauchen und vielerlei über ihre Heimat erfahren – bis der nächste verführerische Duft dazu einlädt, sich weitertreiben zu lassen.

Ein Fest der Demokratie

Landtag und Landesregierung laden die Bürgerinnen und Bürger ein, gemeinsam den 78. Landesgeburtstag zu feiern. Schließlich erinnert er daran, dass mit der Landesgründung ein demokratischer Neuanfang an Rhein und Ruhr gelang – nach zwölf Jahren NS-Diktatur. Ein guter Anlass, um ins Gespräch zu kommen: über Land und Leute, über Demokratie und Vielfalt.

Gerade in diesen Zeiten gilt es, den Feinden der Demokratie öffentlich sichtbar etwas entgegenzusetzen. Das ist auch mit ganz einfachen Mitteln möglich, für alle und zu jeder Zeit: zum Beispiel mit einem Button an der Jacke (siehe Bild). Damit kann man nicht nur Farbe bekennen, sondern auch andere ermutigen, dasselbe zu tun. Den Demokratie-Button gibt es am Demokratie-Counter des Landtags.

Der Landtag präsentiert sich beim NRW-Tag auch von einer ganz anderen Seite: als Arbeitgeber. In der Landtagsverwaltung arbeiten rund 300 Menschen. Sie helfen auf vielfache Weise, den Parlamentsbetrieb zu ermöglichen. Sie sorgen etwa für die Vorbereitung der Sitzungen, für Sicherheit im Computernetzwerk, transparente Dokumentation der Debatten oder funktionierende Aufzüge. Welche – auch überraschenden – Berufe im Landtag vertreten sind und warum es spannend und etwas Besonderes ist, dort zu arbeiten, lässt sich ebenfalls beim NRW-Tag entdecken.

Das Landtagsgebäude kommt gewissermaßen auch mit auf große Fest: Mithilfe von VR-Brillen haben Gäste eine Innensicht, als würden sie tatsächlich im Landtag stehen und sich umsehen. Ein Demokratie-Erlebnis auf Reisen.

Wer Ärger mit Landesbehörden hat, hat das Recht, sich Hilfe bei seiner Volksvertretung zu holen – auch das ist beim NRW-Tag möglich. Denn der Petitionsausschuss des Landtags, sozusagen die Notrufsäule für Bürgerinnen und Bürger, ist genau dafür da. Über seine Arbeit informieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Petitionsreferats. Sie erklären, wie der Petitionsausschuss helfen kann und was dafür zu tun ist.

Am Schluss darf ein Erinnerungsfoto nicht fehlen: Ein nachgebautes Redepult des Landtags steht als Fotobox bereit. **sow**



Der Anfang von NRW

Nordrhein-Westfalen wurde am 23. August 1946 gegründet. In der „Operation Marriage“ schloss die britische Besatzungsmacht nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz und die Provinz Westfalen zu einem Bundesland zusammen. Das Land Lippe kam wenig später hinzu: am 21. Januar 1947.



AUS DEN FRAKTIONEN

Olympische Spiele vor der Haustür: Auswärtsspiel mit Isabell Werth und Henry Maske

Ab dem 26. Juli finden die Sommerspiele in Paris statt – die räumliche Nähe befeuert den Traum, die Spiele nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Darüber hat sich die CDU-Landtagsfraktion mit der siebenfachen Olympiasiegerin im Dressurreiten, Isabell Werth, Box-Olympiasieger Henry Maske, dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Olympischen Sportbundes, Torsten Burmester, und Michael Mronz, Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, ausgetauscht – statt im Fraktionssaal diesmal vor rund 150 Gästen im Deutschen Sport- und Olympiamuseum Köln.

„Wer hier durchgeht, weiß, welche Faszination Sport ausüben kann“, schwärmte Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick. „Olympia ist häufig der Höhepunkt in der Karriere eines Sportlers. Die Spiele begeistern – nicht nur die Athleten, sondern auch die Menschen vor der Tür.“



Foto: CDU-Landtagsfraktion/Ralph Sondermann

Das bestätigte Isabell Werth: „Ich durfte das bereits einige Male erleben. Begeisterung, Stolz, die Gemeinschaft, ein gemeinsames Ziel, das Verständnis untereinander – diese Stimmung mitzunehmen, ist großartig.“

Henry Maske war sich sicher: „So ein Event kann viel bewegen. Es begeistert. Es bringt einem Land viel, nicht nur währenddessen, sondern auch danach.“

Für Michael Mronz haben die Spiele eine wichtige Botschaft: „Vor allem in Zeiten, in denen wir gesellschaftlich auseinanderdriften. Sport ist oft ein sozialer Ankerpunkt für die Menschen. Die Sportler kommen nicht nur zusammen, um sich zu messen, sondern um ein großes Fest zu feiern.“ Davon könne Deutschland profitieren.

Auch Torsten Burmester schwärmte vom olympischen Geist. „Manche sprechen von sportlichen Großereignissen als den letzten Lagerfeuern der Gesellschaft.“ Mit fünf Städten und Regionen arbeite man daran, die bestmögliche Bewerbung für Deutschland zu erstellen – bis Ende des Jahres soll ein Konzept stehen.



Weg mit den Hürden – SPD-Fraktion lud zum paralympischen Empfang



Fraktionsvorsitzender Jochen Ott begrüßte die paralympischen Sportlerinnen und Sportler und wünschte viel Erfolg für die anstehenden Paralympics.

Die Vorfreude auf die paralympischen Spiele in Paris in diesem Sommer wächst. Ab dem 28. August kämpfen Sportlerinnen und Sportler aus über 170 Nationen in über 500 Wettbewerben und 22 Sportarten um die Medaillen. Auch Nordrhein-Westfalen wird mit einer starken Delegation im „Team Deutschland Paralympics“ vertreten sein. Anlässlich der bevorstehenden Spiele luden wir daher zu einem Empfang zu Ehren der paralympischen Sportlerinnen und Sportler.

Welchen Beitrag kann der Sport für echte Inklusion leisten? Und inwieweit können sportliche Vorbilder mehr Aufmerksamkeit auf die Leistungen von Menschen mit Behinderung lenken? Diese und weitere Fragen diskutierten unter anderem Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbands, Bundesstützpunkttrainerin Kira Biesenbach

und Leichtathlet Noah Bodelier aus dem Perspektivkader Team Deutschland Paralympics auf dem Podium sowie die digital zugeschaltete Verena Bentele, Bundesvorsitzende des Sozialverbands VdK. Die Gäste – darunter auch Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und Organisationen – waren sich einig, dass es vor allem Hürden in den Köpfen der Menschen seien, die abgebaut werden müssten. So könnten frühe sportliche Erlebnisse von Menschen mit und ohne Handicap dazu beitragen, Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen zu leben.



Der/Die Unabhängige Polizeibeauftragte in Nordrhein-Westfalen kommt

Wir Grüne haben uns seit über 15 Jahren dafür stark gemacht und nun wird es endlich die Stelle einer oder eines Unabhängigen Polizeibeauftragten in NRW geben. Den entsprechenden Gesetzentwurf haben wir gemeinsam mit der CDU-Fraktion in dieser Plenarwoche eingebracht. Damit schaffen wir eine wichtige



Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Polizeibeamtinnen und -beamte. Die oder der Unabhängige Polizeibeauftragte ist Aufklärer, Vermittler und Warnsystem zugleich und steht damit für eine moderne Fehlerkultur. Wir stärken damit Bürgerrechte und die Rechte der Polizistinnen und Polizisten.

Bürgerinnen und Bürger, die schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben und sich nicht bei der Polizei über die Polizei beschweren wollen, haben so zukünftig eine Ansprechperson, an die sie ihre Eingaben richten können. Gleichzeitig können sich auch Polizeibeamtinnen und -beamte niedrigschwellig, vertrauensvoll und direkt – ohne Einhaltung des Dienstweges – an den oder die Polizeibeauftragte wenden.

Diese neue Anlaufstelle erhöht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei und stärkt die

allergrößte Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten, die täglich mit größter Gewissenhaftigkeit im Einsatz sind und hervorragende Arbeit leisten.

Damit der oder die Polizeibeauftragte effektiv arbeiten kann, statten wir die Stelle mit den notwendigen Befugnissen aus. Dazu gehört unter anderem das Recht, die für den Sachverhalt relevanten Akten einzusehen und Sachverständige sowie Zeuginnen und Zeugen zu befragen. Die Wahl des oder der Polizeibeauftragten durch das Parlament wird nach der Verabschiedung des Gesetzes erfolgen.



FDP will NRW zur Luft- und Raumfahrt-Hochburg ausbauen

Wir Freie Demokraten stoßen eine ambitionierte Luft- und Raumfahrtstrategie an: „NRW soll Vorreiter in der Luft- und Raumfahrttechnologie werden! Dafür müssen wir die Sichtbarkeit erhöhen, ein starkes Netzwerk ausbauen und Innovationswettbewerbe fördern. Unser Bundesland ist schon heute ein bedeutender Standort für Luftfahrt-Zulieferer. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt machen! Die Landesregierung muss Digitalisierung und Dekarbonisierung als aktuelle Chancen nutzen“, erläutert Dietmar Brockes, unser wirtschaftspolitischer Sprecher.

Die Luftfahrtbranche NRWs ist ein wichtiger Wachstumstreiber für die Wirtschaft. Innovationen in der Luft- und Raumfahrt lösen zudem oftmals technische Weiterentwicklungen in anderen Branchen aus. Wir fordern die Landesregierung auf, gemeinsam



Dietmar Brockes (FDP)

mit allen Beteiligten eine umfassende Strategie zu entwickeln, um NRW als internationalen Spitzenreiter zu positionieren: „Unsere mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat der Branche und brauchen jetzt

Unterstützung, um in neue Technologien investieren und international den Anschluss zu halten“, so Brockes. Das Standortmarketing muss ausgebaut und die Sichtbarkeit der Luft- und Raumfahrtindustrie in der NRW-Außenwirtschaftsförderung erhöht werden. Wir fordern gezielte Maßnahmen und Ausbildungsinitiativen, um die Attraktivität relevanter Berufsfelder zu steigern. „Wir wollen die Chancen der Luft- und Raumfahrtbranche voll ausschöpfen und unser Bundesland wirtschaftlich topfit und innovativ für die Zukunft aufstellen“, so Brockes abschließend.



Bei Rechtsreferendaren darf nicht gespart werden!



Dr. Hartmut Beucker

Jetzt will die Landesregierung bei den Rechtsreferendaren sparen. Sie plant, dass weniger Referendare eingestellt werden und ihr Gehalt (die „Unterhaltsbeihilfe“)

nur noch bis zum Tag des Bestehens der Prüfung gezahlt werden soll. Das verlängert auch die Wartezeit zwischen dem Universitätsabschluss und dem Beginn der Referendars-Ausbildung. Die NRW-Regierung begründet diese Maßnahmen mit einer „schwachen Konjunktur“ und „engen finanziellen Rahmenbedingungen“. Im Haushalt für 2024 fehlen 1,2 Milliarden Euro. In erster Linie verantwortlich ist dafür die Regierung mit ihrer Wende-Politik in allen möglichen Bereichen. Immer schärfere Klima-Maßnahmen nehmen Unternehmen die Luft zum Atmen. Firmen, die sich die Klimapolitik nicht mehr leisten können, gehen mitsamt den Arbeitsplätzen ins Ausland – oder gleich pleite. Und zahlen keine Steuern hier. Die Bürger müssen die fehlenden Steuereinnahmen auf vielfältige Weise kompensieren. Zum Beispiel die Rechtsrefe-

rendare, an denen nun gespart werden soll. Dabei ist gerade die NRW-Justiz für ihren Personalmangel bekannt.

Die AfD-Fraktion wird sich weiter dafür einsetzen, dass eine „strenge Haushaltsdisziplin“ vornehmlich bei ideologischen Ausgaben, also grünen Lieblingsprojekten, praktiziert wird. Geld für den Juristen-Nachwuchs muss aber bereitgestellt werden. Das Klima braucht keinen Schutz, unsere Rechtsreferendare offensichtlich schon. Wir werden alles versuchen, damit die geplanten Kürzungen nicht umgesetzt werden.





FORUM

Mediathek: Sehen, hören, entdecken

Einzelne Redebeiträge, aufbereitet nach Tagesordnungspunkten – das neue Angebot der Mediathek gibt einen strukturierten Überblick über die Debatten eines Plenartags. Es steht seit Juni auf der Internetseite des Landtags bereit.

Da war dieses Zitat, geäußert in der Debatte, als es um Kunst, Kultur und den Wert der Bildung ging. Wie so oft: Man glaubt, das Zitat bliebe in Erinnerung, so bemerkenswert erschien es beim ersten Hören. Aber schon Momente später gerät es in Vergessenheit. Und dann beginnt bisweilen die mühsame Suche nach dem Gesagten. Wie war nochmal der genaue Wortlaut?

Bisher war es nicht so einfach, eine bestimmte Stelle im Videomitschnitt einer Plenarsitzung ausfindig zu machen. Natürlich, man konnte das Sitzungsprotokoll durchstöbern und sich so lange durch Mitschnitte klicken, bis besagter Ausschnitt erschien.

Mit dem neuen Angebot der erweiterten Mediathek gelangen Nutzerinnen und Nutzer deutlich schneller zum Ziel: Alle Reden von Abgeordneten sind seit Juni im Nachgang einer Plenarsitzung auf der Internetseite des Landtags strukturiert dargestellt und abrufbar. Einfach den entsprechenden Tag der Plenarsitzung im Kalender suchen und die jeweilige Rede aufrufen.

In diesem Fall beispielsweise: 12. Juni 2024, TOP 4, dritte Rede, Klick. Schon ist ein Abgeordneter zu sehen und zu hören, der seine Rede mit einem Zitat des Schrift-

stellers Paul Auster beginnt: „Der wahre Sinn der Kunst liegt nicht darin, schöne Objekte zu schaffen. Es ist vielmehr eine Methode, um zu verstehen. Ein Weg, die Welt zu durchdringen und den eigenen Platz zu finden.“

Verbesserte Kameratechnik

Ob es um kulturelle Bildung, den Hochwasserschutz, Park-and-Ride-Parkplätze oder ein anderes Thema geht, das den Landtag beschäftigt – in der Mediathek sind Inhalte nicht nur nach Rednerinnen und Rednern, sondern auch nach Tagesordnungspunkten aufbereitet. Zudem sind die Plenarprotokolle nach wie vor hinterlegt. Wer tiefer in ein Thema einsteigen möchte, kann auch Anträge, Gesetzentwürfe und Beschlussprotokolle abrufen.

Einher geht das erweiterte Angebot der Mediathek mit einer verbesserten Technik: Fünf Kameras mit ferngesteuerter Richtungs- und Zoomsteuerung wurden im vergangenen Jahr im Plenarsaal installiert. Die Bildregie wählt aus unterschiedlichen Perspektiven die passende Einstellung und speist das Signal in den hauseigenen Fernsehkanal sowie den Livestream der Inter-

netseite des Landtags ein. Der Mitschnitt des Tages ist die Grundlage für die nachträgliche Aufbereitung in der Mediathek.

Eine Zusatzfunktion: Fotos der Rednerinnen und Redner sind mit deren Profilen verlinkt, die ebenfalls im Internetangebot des Landtags hinterlegt sind. Die Profilseiten informieren zum Beispiel darüber, aus welchem Wahlkreis Abgeordnete stammen, in welchen Ausschüssen sie mitwirken und welche Tätigkeiten sie neben ihrem Mandat ausüben.

Auch Ausschusssitzungen sind in der Mediathek abrufbar – allerdings ohne Gliederung nach Rednerinnen und Rednern. Online erscheinen alle Sachverständigenanhörungen der Fachausschüsse. Zudem werden Mitschnitte von Gedenkfeiern und anderen Sonderveranstaltungen vorgehalten, ebenso ein umfangreiches Bildarchiv sowie Publikationen, die zum Download und Bestellen bereitstehen. *tob*

Mediathek:
<https://lt.nrw/plenarsitzungen>



Europa: Eine Wahl, viele Erkenntnisse

11. Juni 2024 – Bei der Europawahl haben Wahlberechtigte aus 27 Staaten ihre Stimme abgegeben und 720 Abgeordnete des Europäischen Parlaments gewählt. Zwei Tage nach der Wahl ging es beim Parlamentsgespräch im Landtag um den Ausgang und die Folgen der Wahl. Eine Nachlese.

„Im Vorfeld der Wahlen wurde oftmals die Befürchtung geäußert, dass es zu einem beispiellosen Rechtsruck kommen wird“, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, zur Begrüßung vor rund 120 Gästen. Die Wahlergebnisse zeigten, dass Parteien des rechten Randes in einigen Staaten Mehrheiten errungen hätten, etwa in Österreich, Belgien und Italien. In Frankreich habe Marine Le Pens „Rassemblement National“ mit 31,5 Prozent sogar mehr als doppelt so viele Stimmen erhalten wie Emmanuel Macrons Regierungspartei.

Auch in Deutschland erlitten Parteien, die die Bundesregierung tragen, hohe Stimmverluste. Dennoch: „Die Mitte hat in dieser Wahl gehalten“, sagte der Landtagspräsident und blickte auf die Zukunft: Wohin steuert Europa? Welche Ergebnisse sind bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen im Herbst zu erwarten? Das waren die bestimmenden Fragen beim Parlamentsgespräch.

In mehreren europäischen Staaten sei ein „Trend nach rechts“ seit Langem zu beobachten, bemerkte Dr. Alexander Hoppe, Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen. Mit dem Ergebnis, dass rechtspopulistische, stark euroskeptische Parteien nun in Summe rund 25 Prozent der Sitze im Europäischen Parlament verzeichneten. Von einer Mehrheit sei das allerdings weit entfernt. Stärkste Kraft seien nach wie vor die etablierten Parteien der Mitte, allen

voran die Europäische Volkspartei (EVP), die bei der Wahl mit 26,4 Prozent die meisten Stimmen erhielt.

Eine zentrale Frage sei, ob und wie weit sich die EVP nach rechts öffne, um Mehrheiten auch ohne Parteien aus dem linken Spektrum zu erzielen, so die Einschätzung des Politologen. Aktuell sei eine Annäherung an die „Fratelli d'Italia“ zu beobachten, wobei die EVP drei Kriterien für die Zusammenarbeit mit Parteien aus dem rechten Spektrum aufgestellt habe: Sie müssten pro-europäisch, pro-Ukraine und pro-Rechtsstaat eingestellt sein. Zumindest bei der Rechtsstaatlichkeit, so Hoppe, gebe es bezüglich der Fratelli d'Italia ein „großes Fragezeichen“.

„Denkzettelwahl“

Mit Blick auf das schlechte Abschneiden der regierungstragenden Parteien in Deutschland bei der Europawahl sprach Jochen Trum, Leiter der landespolitischen Redaktion beim WDR, von einer „Denkzettelwahl“ – auch in Nordrhein-Westfalen. Alle Oppositionsparteien in Berlin hätten zugelegt, darunter Union und AfD. Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht habe in allen östlichen Bundesländern zweistellig abgeschnitten, ergänzte ARD-Hauptstadtjournalistin Kerstin Palzer.

In Mecklenburg-Vorpommern habe das Ergebnis sogar bei 16 Prozent gelegen.

Palzer: „Sahra Wagenknecht sagt immer, sie ist die Alternative zur Alternative.“ Das neue Bündnis positioniere sich somit als Gegenentwurf zur AfD. Es kanalisieren einen „Frust und eine Verärgerung – vielleicht auch eine Wut – auf die bestehende Regierung, die im Osten noch einmal deutlicher ist als in Westdeutschland“.

Thomas Seim, Chefredakteur der Neuen Westfälischen, wies darauf hin, dass es eine neue Streitkultur brauche und die demokratische Mitte gestärkt werden müsse. Es sei dringend zu empfehlen, politische Diskurse offener auszutragen und keine „Schablonen hochzufahren, mit denen man quasi ausrechenbar reagiert auf Angebote vom politischen Gegner oder politischen Mitbewerber“. Dies sei „eine der zentralen Botschaften dieser Wahl“. *tob*



André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wenn Sie an einem Parlamentsgespräch teilnehmen möchten, nutzen Sie bitte das Anmeldeformular auf der Internetseite des Landtags:

<https://lt.nrw/anmeldung>

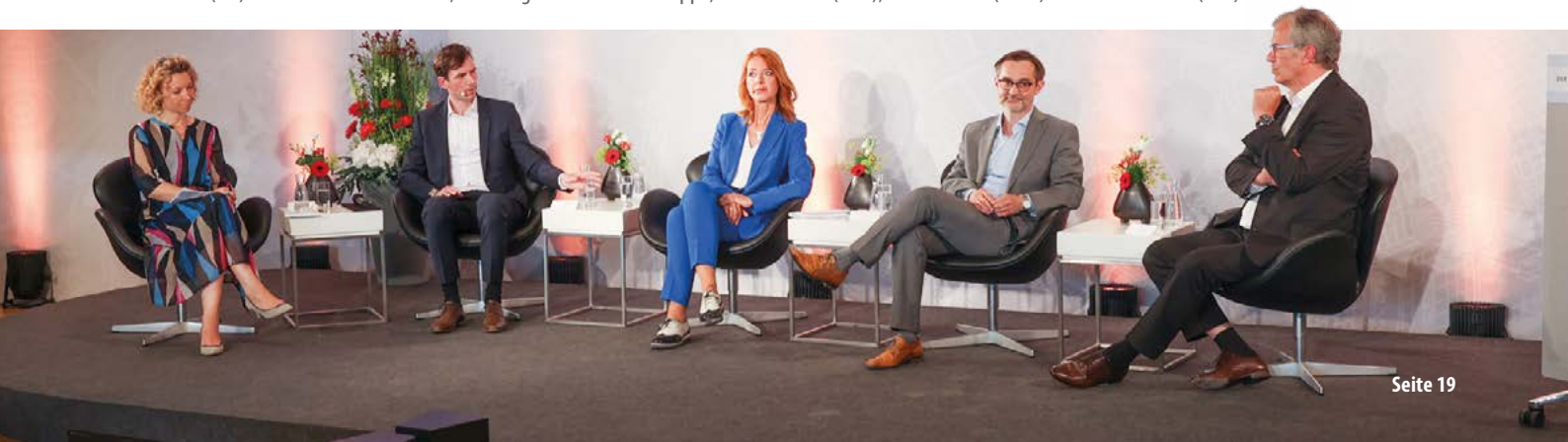
Ein Mitschnitt des Parlamentsgesprächs und ein zusammenfassendes Video sind auf der Internetseite des Landtags veröffentlicht.

<https://lt.nrw/videoportal>



Podiumsdiskussion (v.l.): Moderatorin Vivien Leue, Politologin Dr. Alexander Hoppe, Kerstin Palzer (ARD), Jochen Trum (WDR) und Thomas Seim (NW)

Fotos: Zanin



Empfehlung des Hauses: Persönl

Was erwartet Bürgerinnen und Bürger bei einem Besuch im Landtag? Müssen sie Vorkenntnisse mitbringen? Und warum bietet der Landtag dies überhaupt an? Teil 4 der Serie über Angebote des Landtags gibt Antworten.

Es gibt viele gute Gründe, den Landtag zu besuchen. Der wichtigste: Wer das tut, tritt in Kontakt mit der Demokratie. Was genau im Landesparlament geschieht und was die gewählten Abgeordneten machen, das erklärt der Besucherdienst des Landtags – und noch viel mehr. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, in den Landtag zu kommen, zu erfahren, zu erleben, zu erfragen, wie parlamentarische Demokratie funktioniert und wie sie daran teilhaben können.

Wie läuft ein Besuch im Landtag ab?

Bürgerinnen und Bürger können sich als Gruppe anmelden und sich auf etwa zwei bis drei Stunden Programm freuen. Los geht's im Landtagsforum. Der Besucherdienst erklärt die Aufgaben und Zuständigkeiten des Landtags. Auch seine Geschichte kommt zur Sprache, ebenso die Parlamentsarchitektur. Auf einer 240-Grad-Panorama-Leinwand erhalten die Gäste Einblicke in die Arbeit der Abgeordneten. Danach geht's hinauf auf die Besuchertribüne, um sich das Geschehen im Plenarsaal besser vorstellen zu können. Hier oben erfahren die Besucherinnen und Besucher das Wichtigste über die Funktionsweise des Parlaments, über Debatten und darüber, welche Rolle die Plenarsitzung in der Gesetzgebung spielt. Anschließend folgt ein Gespräch mit einer oder einem Abgeordneten, sofern die Besuchergruppe dies zuvor mit ihr oder ihm vereinbart hat.

Ist die Teilnahme an einer Plenarsitzung möglich?

Ja. Gäste, die an Plenartagen kommen, erhalten zunächst Informationen zu den Funktionen und Arbeitsweisen des Landtags. Im Anschluss erklärt der Besucherdienst, was an diesem Tag auf der Tagesordnung des Plenums steht. Worüber wird diskutiert? Das verfolgen die Gäste live auf der Besuchertribüne des Plenarsaals. Im Anschluss wartet wiederum ein Mitglied des Landtags darauf, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen – sofern die Besuchergruppe dies zuvor mit einer oder einem Abgeordneten vereinbart hat.

Brauche ich Vorkenntnisse für einen Besuch im Landtag?

Nein. Der Besucherdienst gestaltet das Programm allgemein verständlich. Fragen sind ausdrücklich willkommen.

Ich spreche nicht so gut Deutsch oder habe keinen deutschen Pass. Ist das ein Hindernis?

Nein, überhaupt nicht. Mehrmals im Monat bietet der Besucherdienst Informationsprogramme an, die sich an Menschen richten, die (noch) nicht so gut Deutsch sprechen. Regelmäßig kommen



Aussicht garantiert:
Der gläserne Besucher-
aufzug bringt die Gäste
von der Bürgerhalle
hinauf zur Besucher-
tribüne.

Foto: Schälte

icher Besuch im Parlament

beispielsweise Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit ihren Integrationskursen in den Landtag. Häufig sind sie erstaunt: Viele von ihnen kennen aus ihrem Heimatland kein Parlament – entwe-

der weil es keines gibt oder weil ein Besuch nicht ohne Weiteres möglich ist. Hier sind hingegen alle Bürgerinnen und Bürger willkommen.



Kann ich auch spontan vorbeikommen?

Genau dafür gibt es offene Besuchersonntage. Die nächsten sind am 15. September, 6. Oktober und 8. Dezember 2024. Jeweils von 11 bis 16 Uhr öffnet der Landtag seine Türen für Spontanentschlossene, Passantinnen und Passanten oder auch Menschen, die den Landtag auf eigene Faust und unabhängig von einer Gruppe erkunden möchten. An den Besuchersonntagen ist beides möglich.

Verschiedene Smartphone-Touren ermöglichen es, den Landtag selbstständig kennenzulernen. Informationen an verschiedenen Stationen gibt es jeweils schriftlich aufs Smartphone oder als Audioguide. Zur Auswahl stehen die Demokratie-Tour, die Kunst-Tour und eine Tour für Kinder.

Gäste können sich aber auch spontan einer Führung anschließen und das Parlamentsgebäude kennenlernen – je nach Interessen kommen auch Kunst und Architektur, Landes- und Parlamentsgeschichte zur Sprache.

Gibt es spezielle Besuchsprogramme?

Ja, zum Beispiel für Kinder und Jugendliche (siehe Teil 2 der Serie in Landtag Intern Ausgabe 2/2024). Viele von ihnen kommen mit ihren Klassen aus Grundschulen (Klasse 4) und weiterführenden Schulen (ab Klasse 7) in den Landtag. Aber auch die Lehrkräfte selbst können sich informieren lassen: Ein Besuchsprogramm speziell für sie vermittelt zunächst Grundlagen der parlamentarischen Demokratie und Kenntnisse zur Arbeit der Abgeordneten. Dann begleiten die (angehenden) Lehrkräfte ein Schülerprogramm einer ihnen fremden Schulklasse. Sie erleben dort also live praktische politische Bildung und altersgerechte Demokratievermittlung. Im Anschluss ist viel Raum für Vertiefung, Reflexion und Fragen. Viele angehende Lehrkräfte kommen mit ihrem Studienseminar in den Landtag. Schließlich ist demokratische Bildung das Gebot der Stunde – auch in der Schule.

Der Landtag ist das Herzstück der Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Es lohnt sich, ihm live und persönlich zu begegnen und mehr über die Funktionsweise der Staatsform zu erfahren, von der Menschen in manch anderem Land nur träumen können: Demokratie.

SOW

Weitere Informationen und Kontakt zum Besucherdienst:

<https://lt.nrw/besuch>



Porträt: Klaus Esser (AfD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Klaus Esser (AfD). Der 43-Jährige ist stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion sowie Sprecher im Verkehrsausschuss und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss III (Brückendesaster und Infrastrukturstau).

Vater, Ehemann, Abgeordneter. So steht es auf seiner Homepage, direkt über der Biografie. Die Reihenfolge sei bewusst gewählt, sagt Klaus Esser: „Meine Familie ist mir das Wichtigste.“ Der AfD-Landtagsabgeordnete ist verheiratet und hat drei Kinder zwischen sieben und elf Jahren – ein Mädchen, zwei Jungen.

Die Familie lebt in Düren: gut 95.000 Einwohner, am Nordrand der Eifel zwischen Aachen und Köln. „Düren ist eine Stadt im Wandel“, sagt der 43-Jährige, der dort auch geboren wurde. Während des Zweiten Weltkriegs sei die Stadt nahezu vollständig zerstört worden. Nach dem Wiederaufbau habe sie zwar an Schönheit verloren, sei aber lebenswert geblieben: „Ich mag auch das Umland, die Eifel in der Nähe – da machen andere Urlaub.“

Überzeugte Katholiken

Klaus Esser entstammt einem politisch durchaus interessierten Elternhaus. Die Mutter war Bürokauffrau, der Vater Beamter. Keine Parteimitglieder, aber als überzeugte Katholiken CDU-nah. Ein Großonkel, der einmal SPD-Kugelschreiber mitgebracht habe, sei der „Paradiesvogel der Familie“ gewesen. Mit 15 trat der

Dürener in die Junge Union ein. Dass es die CDU-Jugendorganisation sein sollte, habe wohl an seinem privaten Umfeld gelegen, vermutet er. Aber sicherlich auch am Interesse an der politischen Arbeit.

Nach dem Abitur ging Esser zur Bundeswehr: Bayern, Infanterieschule Hammelburg, Jägerbataillon.

Dann das Studium – Jura in Köln, damals noch ein sehr verschultes und langwieriges Studium, wie er sagt. „Eine spannende Zeit, in der der Ernst des Lebens allmählich begann. Ich war ja zu diesem Zeitpunkt nicht mehr der Jüngste und hatte meine spätere Frau kennengelernt, wollte arbeiten und Geld verdienen.“ Die heutigen Pläne, in der Rechtswissenschaft einen „Integrierten Bachelor“ nach der ersten Staatsprüfung einzuführen, findet Esser eine gute Sache. „Ich kenne viele Leute, die ein oder zwei Prüfungen nicht bestanden haben und dann mit komplett leeren Händen dastanden. Das wird den erbrachten Leistungen nicht gerecht.“

2014 verließ er die Christdemokraten. „Ich hatte mich von der CDU-Politik etwas entfernt.“ Hinzu kam: Durch einen Umzug innerhalb des Kreises Düren sei der Kontakt zur Kommunalpolitik nicht mehr so intensiv gewesen. „Die Interessen

verschoben sich durch meine Frau und die Kinder, ich hatte nun andere Schwerpunkte.“

Einige Jahre lang spielte die Politik im Leben des Klaus Esser keine große Rolle mehr. Er arbeitete in der Industrie und bei einem großen Personaldienstleister.

Bis ihn der Anruf eines früheren Kollegen erreichte. Die AfD suche Mitarbeitende für den Bundestag und die Landtage – ob das nichts für ihn wäre? Esser sah sich die Ausschreibungen an – und bewarb sich auf Referentenstellen. Die Fraktion in Rheinland-Pfalz reagierte am schnellsten. Esser arbeitete fortan in Mainz als Referent für Inneres. Zwei Jahre lang pendelte er fast täglich zwischen Düren und Mainz. Morgens 200 Kilometer hin, abends 200 Kilometer zurück: „Ich konnte zwar an ein, zwei Tagen pro Woche im Homeoffice arbeiten, auf Dauer war die Entfernung aber doch zu groß.“ Esser wechselte nach Düsseldorf, wurde Referent in der AfD-Landtagsfraktion.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Die Bibel. Wir sind in der Familie alle gläubige Christen, und die Bibel enthält viele Weisheiten, die uns allen einen guten Weg im Leben zeigen.

Welche Musik hören Sie gerne?

Da ist die Bandbreite groß: von Klassik über Jazz-Lounge bis hin zu Rock und Pop.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milch, die brauche ich für meinen Kaffee. Und ohne Kaffee kann ich nicht überleben.

Ihr liebstes Reiseziel?

Der Nordosten Mallorcas, aber auch die Gegend um Lepotokarya in Griechenland. Für uns ist der Strand wichtig. Wir versuchen aber auch, unseren Kindern viel von der Welt zu zeigen.



Dann sei das Angebot gekommen, als Landesgeschäftsführer der Partei zu arbeiten. Esser nahm an und hatte sein Büro gut drei Jahre lang in der Düsseldorfer Parteizentrale.

Seit zwei Jahren ist er nun selbst Abgeordneter. Vor allem die Arbeit im Verkehrsausschuss gefällt ihm: „Da ist viel Fleisch am Knochen.“ Deshalb werbe er innerhalb der Partei auch dafür, das Thema „Verkehr“ im Kommunalen stärker zu berücksichtigen.

Musikalische Familie

Die Freizeit gehört vor allem der Familie. Alle sind musikalisch, alle spielen Instrumente, auch die Kinder. Für Politik interessieren sie sich noch nicht. Allerdings komme die elfjährige Tochter auf dem Gymnasium langsam und „sehr dezent“ mit dem Thema in Berührung. Was er sagen würde, wenn sie plötzlich Wert auf Gendern legen sollte? In AfD-Kreisen ist man da ja zurückhaltend. „Ich lasse den Kindern ganz bewusst ihre eigenen Entscheidungen“, sagt Esser. Wenn man versuche, sie zu sehr zu lenken, provoziere man eher Abwehrreaktionen. „Ich würde aber schon mit ihr darüber sprechen, ob es sinnvoll ist zu gendern“, sagt er. Dabei könne er die Debatte über Geschlechtergerechtigkeit durchaus nachvollziehen. Ob man das Ziel übers Gendern erreiche oder die Sprache am Ende nur „total verunmöglich“, sei aber eine andere Frage. *zab*

Zur Person

Klaus Esser (43) aus Düren ist seit Juni 2022 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Vor seinem Eintritt in die AfD war er von 1996 bis 2014 CDU-Mitglied. Esser ist Mitglied des AfD-Kreisvorstandes Düren, stellvertretender Sprecher der AfD Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion.



„Checker Julian“ ist beim Weltkindertag im Landtag dabei.

Foto: Landtag NRW/Kitschenberg

Weltkindertag

Am Sonntag, 15. September 2024, findet im Landtag wieder das Fest zum Weltkindertag statt. Dieser feiert in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag. Der Präsident des Landtags, André Kuper, lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein – kleine wie große. Zwischen 12 und 18 Uhr wird im und rund um das Parlamentsgebäude gefeiert.

Zu Gast sind u. a. KiKa-Kinderreporter „Checker Julian“ (Foto) sowie „Shaun das Schaf“ und die „WDR-Maus“. Kinder können an einer „Rallye mit Eule Helene“ teilnehmen, und das „Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ entführt in die Weiten des Weltalls. Der Besuch ist kostenlos und ohne vorherige Anmeldung möglich.

Gestorben

7.6. **Dr. Gerhard Rödding** (CDU/91)

MdL 1980 – 1987

21.6. **Heinz Lanfermann** (FDP/74)

MdL 1988 – 1994

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnapertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 5. Juli 2024, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Schälte

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Bitte notieren! – Am 27. September ist Parlamentsnacht

Der Präsident des Landtags, André Kuper, lädt alle Bürgerinnen und Bürger für Freitag, 27. September 2024, zur Parlamentsnacht ein. Gäste erleben das „Herz der Demokratie“ Nordrhein-Westfalens in besonderer abendlicher Atmosphäre und können sich auf Musik, Unterhaltung und Information freuen. Auf dem Programm stehen u. a. Talkrunden mit dem Astronauten Dr. Matthias Maurer, eine Versteigerung von Gastgeschenken des Landtags für den guten Zweck und Informationen rund um das Parlament und die Arbeit der Abgeordneten. Zu Gast sind auch die Düsseldorfer Symphoniker und der WDR Rundfunkchor. Der Landtag öffnet seine Türen von 17 bis 23 Uhr. Der Besuch ist kostenlos und ohne vorherige Anmeldung möglich.

